



DR. FRANK-WALTER STEINMEIER  
MITGLIED DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES  
VORSITZENDER DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION



SPD-BUNDESTAGSFRAKTION PLATZ DER REPUBLIK 1 11011 BERLIN

An die  
Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion

Berlin, 15. März 2010

## **Politischer Bericht für die Sitzung der Bundestagsfraktion am 15. März 2010**

### **I. Zur Lage**

Liebe Genossinnen und Genossen,

vor sieben Jahren haben wir eines der umfassendsten Reformkonzepte für den Arbeitsmarkt in der bundesdeutschen Geschichte begonnen. Jetzt gilt es, die Resultate zu prüfen und neu anzusetzen: Unser Ziel ist **Fairness auf dem Arbeitsmarkt**. Das zentrale Verdienst sozialdemokratischer Arbeitsmarktreformen ist es, die schleichende Gewöhnung an Massenarbeitslosigkeit beendet und den Kampf um Vollbeschäftigung neu aufgenommen zu haben. Wir haben allen Bürgerinnen und Bürgern, die Arbeit suchen, durch bessere Qualifizierung und Vermittlung neue Chancen auf einen Arbeitsplatz ermöglicht. Die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe, die Betreuung aus einer Hand und die Einbeziehung von Sozialhilfeempfängern in die Arbeitsförderung bleiben von überragender Bedeutung. Auch dass wir die weit verbreitete Praxis der Frühverrentung begrenzt haben, ist eine richtige Weichenstellung zugunsten höherer Erwerbsbeteiligung bei steigender Lebenserwartung. Unser Ziel bleibt Vollbeschäftigung. Deshalb müssen wir jetzt weiterdenken und unsere



Konzepte weiterentwickeln. Denn die Verhältnisse der Arbeitswelt sind oft unfair geworden. Der ökonomische Strukturwandel schreitet voran. Dabei besteht die Gefahr, dass wir in Deutschland zugleich einen Mangel an qualifizierten Arbeitskräften und eine fortgesetzt hohe Zahl von Arbeitslosen haben, die nicht ausreichend qualifiziert sind. Unsere Anstrengungen bei Bildung, Berufsqualifizierung und Weiterbildung müssen dramatisch gesteigert werden. Ebenso brauchen wir eine neue Vermittlungsoffensive mit einem besseren Verhältnis von Arbeitsvermittlern zu Arbeitsuchenden.

Arbeitsleistung muss sich wieder lohnen. Doch Armutslöhne und unsichere Beschäftigung haben sich ausgebreitet. Das gefährdet die Leistungsgerechtigkeit in unserer Gesellschaft. Zeitarbeit wird missbraucht, um Tarifstrukturen zu umgehen und Löhne zu drücken. Auf dem Arbeitsmarkt muss wieder Ordnung geschaffen werden, durch Mindestlöhne, durch die Stärkung der Tarifverträge und der Mitbestimmung, nicht zuletzt durch die Begrenzung der Leih- und Zeitarbeit auf ihren eigentlichen Zweck zur Abdeckung von Auftragsspitzen. Wir wollen das unbefristete Arbeitsverhältnis stärken.

Die Förderung von eigenen Anstrengungen, zum Beispiel bei der Qualifizierung, und die Anerkennung von Leistungen müssen auch beim Arbeitslosengeld berücksichtigt werden. Wir wollen den Anspruch auf den Bezug von Arbeitslosengeld I in Verbindung mit berufsqualifizierenden Maßnahmen um bis zu zwölf Monate verlängern. Wer außerdem nach langen Jahren der Berufstätigkeit seine Existenz durch angespartes Vermögen abgesichert hat, soll nicht befürchten müssen, es bei längerer Arbeitslosigkeit schlagartig wieder zu verlieren. Wir wollen dieses Vermögen auf sozial angemessene Weise schützen.

Bei allen politischen Vorstößen, um mehr Menschen den Zugang zu Arbeit zu ermöglichen, müssen wir auch erkennen, dass ein erheblicher Teil von Langzeitarbeitslosen kaum Chancen auf einen Arbeitsplatz auf dem ersten



Arbeitsmarkt hat. Statt diesen Bürgerinnen und Bürgern mit einer Kürzung von Transferleistungen zu drohen, brauchen wir mehr und bessere Arbeitsangebote auf einem öffentlich geförderten, sozialen Arbeitsmarkt. Wir wollen hier bis zu 200.000 zusätzliche Arbeitsplätze für Langzeitarbeitslose bereit stellen. Diese soziale Bürgerarbeit hilft unseren Städten und Gemeinden, zusätzliche Leistungen zu erbringen und soziale und kulturelle Angebote zu verbessern. Dabei gelten für uns die Prinzipien: Die Angebote müssen zusätzliche und gemeinnützige Arbeit umfassen. Es darf keine Verdrängung regulärer Beschäftigung geben, auch nicht im öffentlichen Dienst. Während der Beschäftigung sollen die Vermittlungsanstrengungen fortgesetzt werden mit dem Ziel, auf dem ersten Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Die Beschäftigungsverhältnisse sollen sozialversicherungspflichtig sein.

Mit unseren Vorschlägen wollen wir in den kommenden Wochen und Monaten in eine intensive Diskussion mit Gewerkschaften, Unternehmern, mit Wissenschaft, Verbänden und Bundesagentur für Arbeit einsteigen. Auf dem SPD-Bundesparteitag im September dieses Jahres wollen wir unsere Grundsätze der Arbeitsmarktpolitik neu formulieren.

In dieser Woche steht im Deutschen Bundestag der **Bundeshaushalt 2010** zum Beschluss. Was die Bundesregierung vorlegt, ist ein Dokument der Verantwortungslosigkeit und der Verunsicherung. Schwarz-Gelb steuert mit 80,2 Milliarden Euro auf eine Rekordneuverschuldung zu. Noch niemals, seit es die Bundesrepublik gibt, hatte eine Regierung eine solche Schuldenlast zu verantworten. Jeder dritte Euro des Haushalts ist auf Pump finanziert. Die Gesamtverschuldung unseres Landes liegt bei 1.700 Milliarden Euro, mehr als 70 Prozent unserer Jahreswirtschaftsleistung. Der bisherige Schuldenkönig war Theo Waigel in der Regierung Kohl. Die jetzige schwarz-gelbe Koalition verdoppelt die damalige Neuverschuldung. Es ist einfach eine Tatsache, dass Angela Merkel ab dieser Woche den Titel der Schuldenkanzlerin übernimmt.



Schon bei der Haushaltsaufstellung verstieß Schwarz-Gelb gegen das Gebot der Wahrheit und Klarheit. Die Koalition behauptet, sie habe die Neuverschuldung gedreht. Tatsache ist, dass die konjunkturelle Komponente der Neuverschuldung gegenüber den Ansätzen aus dem letzten Sommer um 12 Milliarden Euro geringer ausfällt. Schwarz-Gelb aber hat die Neuverschuldung nur um 5,6 Milliarden reduziert. Die Bundesregierung gibt also eigentlich 6 Milliarden Euro mehr aus als sie konjunkturbedingt müsste.

Nicht die Konsolidierung des Haushalts ist das Ziel, sondern die Verschwendung der Spielräume zur Finanzierung von Wahlgeschenken an die eigene Klientel: Steuerprivilegien und Begünstigungen für Hoteliers, für Erben, für Anwälte und für diejenigen Unternehmen, die Steuern durch Gewinnverlagerungen ins Ausland umgehen. Schwarz-Gelb ist unglaublich. Jedes Jahr hat die FDP ihr so genanntes „Liberales Sparbuch“ vorgelegt. Diese 400 Vorschläge zu sparen haben sich in Luft aufgelöst. In der Opposition hat Guido Westerwelle Personaleinsparungen gefordert und sprach von 75 überflüssigen Stellen in den Bundesministerien. Kaum an der Macht, hat die FDP nicht nur in ihren Ministerien Personal draufgelegt, sie hat mit CDU und CSU beschlossen, dass 985 neue Stellen geschaffen werden. „Mehr Bürokratie wagen“, heißt das Projekt. Verkehrsminister Ramsauer bekommt 132 neue Posten – obwohl er weniger zu tun hat. Denn die Aufgabe des Aufbau Ost ist an das Innenministerium gegangen. Umweltminister Röttgen streicht bei der Solarförderung. Aber für den Ausbau der Chefetage seines Ministeriums gibt er 2 Millionen Euro aus. Das alles ist Vetternwirtschaft und Verschwendung, mitten in der Wirtschaftskrise, die Millionen von Menschen Unsicherheit und Einschnitte bringt. Schwarz-Gelb kürzt die Investitionen, während Deutschlands Wirtschaft Nullwachstum hat und viele wichtige Unternehmen nur noch den Erhalt, nicht mehr Innovation und Produktionserweiterung in Deutschland finanzieren. So verspielt Schwarz-Gelb unsere Chancen. Ein verhängnisvoller Fehler!



Wir fordern die schwarz-gelbe Koalition mit einem Entschließungsantrag unter anderem nochmals auf:

- Steuersubventionen auf den Prüfstand zu stellen und das unsinnige **Mehrwertsteuerprivileg für Hoteliers**, das allein 1 Milliarde Euro kostet, **zurückzunehmen**.
- Die auf 20 Milliarden Euro veranschlagte Einführung eines „Stufentarifs“ in der Einkommenssteuer aufzugeben.
- In der **Arbeitsmarktpolitik** die Förderung der Menschen, die Arbeit suchen, nicht zu gefährden. Die gesperrten 900 Millionen Euro für die Eingliederung von Arbeitslosen sind sofort freizugeben, damit die Job-Center ihre Angebote jetzt nicht streichen müssen und fortfahren können, Menschen wieder in Arbeit zu bringen.
- In der **Finanzmarktpolitik** endlich von Betroffenheitsbekundungen zum Handeln zu kommen. Im Rahmen der G20 und in der EU muss die Bundesregierung die Schließung von Off-shore-Finanzzentren und Steueroasen voranbringen, das international gültige Regelwerk für alle Finanzakteure einschließlich Hedge-Fonds fordern. Sie muss Bonuszahlungen wirksam begrenzen und an den nachhaltigen Unternehmenserfolg binden. Die Bundesregierung muss jetzt endlich die Sonderabgabe für den Finanzsektor auf den Weg bringen, um sicherzustellen, dass diejenigen, die die Krise angerichtet haben und von staatlichen Rettungsmaßnahmen profitieren, auch an den Kosten beteiligt sind. Sie muss die internationale Finanztransaktionssteuer voranbringen und notfalls eine Börsenumsatzsteuer in Deutschland einführen. Deutschland muss ernst machen mit dem Ziel, keinen Finanzmarkt, keinen Finanzakteur und kein Finanzprodukt ohne Aufsicht zu lassen. In einem ersten Schritt sind Leerverkäufe generell zu verbieten.



Zu unseren Forderungen in den Haushaltsberatungen gehört vor allem auch ein **Rettungsschirm für die Kommunen**. Die Städte und Gemeinden sind in der schärfsten Finanzkrise seit Bestehen der Bundesrepublik. Sie haben die desaströse Haushaltspolitik von Schwarz-Gelb auszubaden. Mehr als 2 Milliarden Euro kosten sie allein die bislang beschlossenen Steuerprivilegien für Klientelgruppen. Auch Kommunalpolitiker der Union wissen es und sagen es: Die Kommunen stehen vor dem Ruin, die Bundesregierung droht ihnen das Kreuz zu brechen.

Deshalb habe ich zu heute zu einer kommunalpolitischen Konferenz der SPD-Bundestagfraktion eingeladen. Rund 300 Oberbürgermeister, Bürgermeister, Kämmerer, Stadtverordnete, aber auch Vorstände und Geschäftsführer kommunaler Unternehmen sind gekommen. **„Starke Kommunen – starke Stadtwerke“**, das ist unser Ziel. Gemeinsam haben wir uns an die Kommunalkonferenz der Fraktion vor einem Jahr erinnert. Auch Anfang 2009 war die Stimmung ernst und die Sorge vor den Auswirkungen der Krise groß. Aber wir hatten auch die Hoffnung, dass gemeinsames Handeln etwas bewirken kann. Mit unserem kommunalen Investitionsprogramm konnten die Kommunen mehr als 13 Milliarden Euro für zusätzliche Investitionen einsetzen. Heute ist die Lage ganz anderes. Wo vor einem Jahr Solidarität, Entschlossenheit und politische Entscheidungskraft waren, spüren wir jetzt das Gegeneinander zwischen Bund und Kommunen, die Rücksichtslosigkeit von Schwarz-Gelb und die Orientierungslosigkeit der Bundesregierung.

Vor einem Jahr haben wir die Sanierung von Schulen, Schwimmbädern und Sportstätten ermöglicht. Heute kommen aus Nordrhein-Westfalen die Meldungen, dass Schulen und Schwimmbäder geschlossen, die Straßenbeleuchtungen am Stadtrand ausgeschaltet und dass Gebühren für kommunale Leistungen erhöht werden müssen. Und als sei das noch nicht genug, setzt Schwarz-Gelb in Berlin eine Gemeindefinanzkommission ein, die sich das Ziel gesetzt hat, die Gewerbesteuer abzuschaffen, die die wichtigste Einnahmequelle der Kommunen ist. Diese Katastrophe darf nicht



unwidersprochen bleiben. Deshalb fordern wir als Soforthilfe in der Notlage einen Kommunalschirm von 4 Milliarden Euro gegen die Krise, volle Kompensation der durch Schwarz-Gelb verursachten Steuerausfälle und 400 Millionen Euro mehr Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft für Langzeitarbeitslose. Wir fordern, dass die Stadtwerke ihre Chance im Wettbewerb nutzen können und dass die Kommunen durch eigene wirtschaftliche Betätigung die Finanzierung nichtprofitabler Aufgaben bei sozialer Integration und Kultur absichern können.

Euer

gez. Dr. Frank-Walter Steinmeier

## II. Aktuelles Thema

# Rettungsschirm für Kommunen

### Notlage der Kommunen

Die Haushaltslage der Städte und Kommunen in Deutschland ist katastrophal. Die krisenbedingt steigenden Sozialausgaben und die wegbrechenden Gewerbesteuererinnahmen gefährden die Handlungsfähigkeit der Kommunen. Anstatt eine finanzielle Perspektive zu schaffen, treibt Schwarz-Gelb die Kommunen durch Steuerprivilegien und Klientelgeschenke für einzelne Gruppen in den Ruin.

Die Präsidentin des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeisterin Petra Roth (CDU) aus Frankfurt am Main, fasst die Lage folgendermaßen zusammen: „Die Folgen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise werden 2010 in den Kommunen immer stärker spürbar. Ein Teil der Städte steht vor dem Kollaps und droht handlungsunfähig zu werden. Dort ist die im Grundgesetz garantierte kommunale Selbstverwaltung in Gefahr.“ Roth weiter: „Rekorddefizite in zweistelliger Milliardenhöhe, eine explodierende Verschuldung durch kurzfristige Kredite, der stärkste Steuerrückgang seit Jahrzehnten und ungebremst steigende Sozialausgaben kennzeichnen die Situation.“ (Deutscher Städtetag Mitteilungen 1/10)

Zur finanziellen Lage der Kommunen äußerte sich auch der Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Christian Schramm (CDU). Er sprach Anfang des Jahres auf einer Pressekonferenz von „katastrophalen“ Zuständen in den Kassen der Kommunen. Er prognostiziert für die kommenden vier Jahre ein Minus von jährlich mehr als zwölf Milliarden Euro.

### Die Fakten

- Im vergangenen Jahr betrug das Defizit der Kommunen 4,5 Milliarden Euro. In diesem Jahr befürchten die Kommunen ein Rekorddefizit von 12 Milliarden Euro. Auch in den Jahren 2011 bis 2013 werden zweistellige Milliardendefizite erwartet.
- Die kurzfristigen Kassenkredite der Kommunen betragen inzwischen 33,8 Milliarden Euro. Sie sind damit allein in den ersten drei Quartalen des Jahres 2009 um mehr als 4 Milliarden Euro gestiegen.
- Bund, Länder und Kommunen hatten 2009 erhebliche Steuerverluste. Den stärksten Einbruch ihrer Steuereinnahmen – um gut 10 Prozent – mussten die Kommunen hinnehmen. Das Minus betrug 7,1 Milliarden Euro.

- Bei den kommunalen Steuereinnahmen ist auch für das Jahr 2010 keine Besserung in Sicht, die Steuereinnahmen sinken nochmals um 5 Prozent bzw. weitere 3,2 Milliarden Euro.
- Die Sozialausgaben der Kommunen stiegen 2009 erstmals auf rund 40 Milliarden Euro – beinahe doppelt so viel wie kurz nach der Wiedervereinigung. Im Jahr 2010 wird die Grenze von 40 Milliarden Euro deutlich überschritten. Die Steigerungsraten betragen voraussichtlich 3,3 Prozent in 2009 und 4,6 Prozent in 2010. Die Kosten der Unterkunft für Langzeitarbeitslose werden deutlich ansteigen. Für das Jahr 2010 rechnet der Bund mit einem bundesweiten Ausgabenanstieg dieser Kosten von 6,7 Prozent.
- Beispiel Nordrhein-Westfalen: Insgesamt lag der Finanzierungssaldo aller Gebietskörperschaften in den ersten drei Quartalen 2009 bei minus 1,84 Milliarden Euro. Köln hatte einen Fehlbetrag von 351 Millionen, Wuppertal von 149 Millionen und Duisburg von 105 Millionen Euro zu verkraften.

### **Die Steuerpolitik von Schwarz-Gelb verschärft die Lage**

Über die krisenbedingten Belastungen hinaus wird die extrem angespannte finanzielle Situation der Kommunen durch die jüngste Steuergesetzgebung der schwarz-gelben Bundesregierung dramatisch verschärft.

Mit dem „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ entstehen dem Gesamtstaat Ausfälle von rund 8,5 Milliarden Euro. Die tatsächliche Wirkung auf das Wirtschaftswachstum wird von Experten nahezu einhellig bestritten. Beschlossen wurden u. a. Steuerprivilegien für Hoteliers, Erben und gewinnverlagernde Unternehmen - und das vor dem Hintergrund einer noch nie dagewesenen Rekordneuverschuldung von über 80 Milliarden Euro für das Jahr 2010.

Das „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ führt bei den Kommunen zu Steuerausfällen von 1,6 Milliarden Euro. Hinzu kommen weitere gesetzliche Regelungen, die Steuervorteile für Auslagerungen bestimmter Unternehmensfunktionen ins Ausland wieder einführt und die Bemessungsgrundlage der Gewerbesteuer aushöhlt. Den öffentlichen Haushalten drohen dadurch zusätzliche Ausfälle von jährlich 1,8 Milliarden Euro. Die Kommunen schlagen zu Recht Alarm. Petra Roth machte deutlich, dass die Kommunen auf weitere 700 Millionen Euro durch das neue Gesetz verzichten müssen. „Es ist weder fair noch vertretbar, die wichtigste Steuer der Städte jetzt binnen weniger Monate schon zum zweiten Mal zu schwächen“, kritisierte sie (FR 18.02.2010).

Die von der schwarz-gelben Koalition angekündigte Einkommensteuerreform (Stufentarif) im Umfang von 20 Milliarden Euro würde für die Kommunen nochmals Einnahmeverluste in Höhe von mehreren Milliarden Euro bedeuten. Berechnungen beziffern den Verlust auf 4 Milliarden Euro.

## **Leistungen für die Bürger brechen weg**

Die katastrophale finanzielle Lage der Kommunen bekommen Bürgerinnen und Bürger hautnah zu spüren. Beispiele aus Nordrhein-Westfalen:

- **Wuppertal:** Die Stadt muss das Schauspielhaus, drei Freibäder, zwei Hallenbäder, zwei Stadtteilbibliotheken und vier Bürgerbüros schließen. Zuschüsse im Sozial-, Jugend- und Kulturbereich werden um 1,1 Millionen Euro gekürzt.
- **Essen:** Die Stadt muss Grundschulen schließen und ist mit insgesamt 3 Milliarden Euro Schulden konfrontiert.
- **Duisburg:** Die Stadt erhöht die Eintrittspreise für Schwimmbäder, Konzerte und Theater. Die Elternbeiträge für Kita- und Hortbetreuung sollen erhöht werden. Zuschüsse für kulturelle Einrichtungen werden gekürzt oder fallen ganz weg. Die Rhein-Ruhr-Halle soll geschlossen werden.
- **Remscheid:** Die Stadt wird die Straßenbeleuchtung zum Teil ausschalten.
- **Solingen:** Die Stadt schaltet die Straßenbeleuchtung in den Außenbezirken ab. Erhöht werden die Müllgebühren, für eine Durchschnittsfamilie um 70 Euro.
- **Oberhausen:** Die Stadt spart beim Öffentlichen Nahverkehr und schließt vier Bäder.
- **Leverkusen:** Die Stadt hebt die Gebühren für die Musikschule um durchschnittlich 6,4 Prozent.
- **Bergkamen:** Die Stadt diskutiert einen Stellenabbau in der Verwaltung, kürzere Öffnungszeiten und die Senkung der Wassertemperatur in den Hallenbädern. Ansteigen werden Grundsteuer, Kindergartenbeiträge und Bibliotheksgebühren.

## **Weniger Netto vom Brutto**

Das zentrale Versprechen von Union und FDP im Wahlkampf hieß: „Mehr Netto vom Brutto“. Fakt ist: Viele Bürger müssen sich wegen leerer Kassen der Kommunen in den kommenden Jahren auf höhere Gebühren und weniger Leistungen einstellen.

Dr. Gerd Landsberg, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, fasst zusammen: „Ich denke, die Regierung sollte sich einmal etwas drauf konzentrieren, was vor Ort geschieht. Die Bürger freuen sich sicherlich über Steuerentlastungen, aber diese Steuerentlastungen bringen nichts, wenn auf der anderen Seite die Infrastruktur schlechter wird, die Kommunen gezwungen sind, Leistungen einzuschränken, Gebühren zu erhöhen und Investitionen zurückzufahren.“

## **Schwarz-Gelb riskiert den Ausbau der Kinderbetreuung**

Auch der Ausbau der Kinderbetreuung ist massiv bedroht. So ist in der derzeitigen Finanzlage schon der aktuelle Bestand nicht mehr gesichert. Der geplante Ausbau

auf 750.000 Plätze steht auf dem Spiel. Ab 2013 haben Eltern von ein- und zweijährigen Kindern einen Rechtsanspruch auf den Betreuungsplatz. Auf Grund der desaströsen Finanzlage der Kommunen sieht der Deutsche Städte- und Gemeindebund eine Klagewelle auf die Kommunen zukommen.

Es fehlt jedes Konzept der Bundesregierung, wie der Ausbau abzusichern ist. Im Gegenteil, mit dem geplanten „Betreuungsgeld“ für Familien, die ihre Kinder zu Hause lassen, werden nicht nur die bildungs- und integrationspolitischen Ziele des Ausbaus von Betreuungsplätzen konterkariert. Auch die dafür eingeplanten Mittel von schätzungsweise 1,4 bis 1,9 Milliarden Euro fehlen für die Kitas.

## **Wir fordern einen Rettungsschirm für die Kommunen – 4 Milliarden Euro gegen die Notlage**

Vor dem Hintergrund der ruinösen Finanzlage der Kommunen fordern wir einen Rettungsschirm für Kommunen. Bund und Länder müssen für die Kommunen ein kurzfristig wirksames Maßnahmenpaket auflegen.

Der Rettungsschirm muss kurzfristig folgende Maßnahmen umfassen:

- Die Bundesregierung muss dafür sorgen, dass die Kommunen eine vollständige Kompensation für ihre durch das Wachstumsbeschleunigungsgesetz entstandenen Einnahmeausfälle von 1,6 Milliarden Euro pro Jahr erhalten.
- Zur kurzfristigen Stabilisierung der Finanzlage der Kommunen muss der Bund zusätzlich befristet auf zwei Jahre seine Beteiligung an den Kosten der Unterkunft um drei Prozentpunkte anheben. Dies ergäbe rund 400 Millionen Euro pro Jahr für die Kommunen.
- Alle von der schwarz-gelben Koalition beabsichtigten Vorhaben für Steuersenkungen, die zu weiteren Belastungen der Kommunen führen würden, sind zu stoppen. Die noch angekündigten Veränderungen bei der Einkommensbesteuerung würden zu Einnahmeausfällen für die Kommunen in Höhe von rund 4 Milliarden Euro jährlich führen.

Über diesen Rettungsschirm für die Kommunen hinaus sind mittel- und langfristig wirkende Maßnahmen zur Konsolidierung der kommunalen Finanzsituation erforderlich:

- bei bundesgesetzlichen Regelungen mit finanziellen Auswirkungen auf die Kommunen ist eine ausreichende und dauerhafte Finanzierung sicherzustellen;
- die Gewerbesteuer als wichtigste Einnahmequelle der Kommunen ist wieder zu stabilisieren - dies soll auf der Grundlage des sogenannten Kommunalmodells durch eine Verbreiterung der Bemessungsgrundlage erfolgen. Dazu gehört die Zurücknahme der Kürzungen bei der Hinzurechnung von Mieten, Pachten, Leasing und Factoring sowie die Einbeziehung der Freien Berufe in die Steuerpflicht;
- wir brauchen qualifizierte und rechtlich abgesicherte Anhörungsrechte für die Kommunalen Spitzenverbände im Deutschen Bundestag bei allen Gesetzgebungsverfahren, die kommunale Belange berühren.

Alle diese Vorschläge werden wir in einer parlamentarischen Initiative bündeln und in den Deutschen Bundestag einbringen.

Und es muss klar sein: Die Länder müssen ihre Verpflichtung zu einer auskömmlichen Finanzierung der Kommunen erfüllen. Während einige Länder gezielte Hilfen für Kommunen in extremer Haushaltsnotlage gewähren und die Mittel des kommunalen Finanzausgleichs verstetigen, verweigern insbesondere schwarz-gelb regierte Länder den Kommunen die dringend erforderliche Hilfe. Dies gilt ganz besonders für Nordrhein-Westfalen.

### **Abschaffung der Gewerbesteuer – Angela Merkel vor dem Wortbruch**

Noch im Mai letzten Jahres stellte sich Kanzlerin Merkel vor die Hauptversammlung des Deutschen Städtetags und leugnete Pläne zur Abschaffung der Gewerbesteuer: „Das tun wir nicht. Wir werden keinem Druck nachgeben.“

Im Koalitionsvertrag von Union und FDP hingegen heißt es:

„Wir werden eine Kommission zur Erarbeitung von Vorschlägen zur Neuordnung der Gemeindefinanzierung einsetzen. Diese soll auch den Ersatz der Gewerbesteuer durch einen höheren Anteil an der Umsatzsteuer und einen kommunalen Zuschlag auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer mit eigenem Hebesatz prüfen.“ (Koalitionsvertrag, S.14)

Am 4. März 2010 hat die Bundesregierung diese Kommission eingerichtet.

Bereits 2003 waren diese Vorschläge Gegenstand der Beratungen einer ähnlichen Kommission unter dem damaligen Finanzminister Hans Eichel. Das Ergebnis war eindeutig: Das Modell hätte dafür gesorgt, dass die Unternehmen deutlich weniger, die Arbeitnehmer aber deutlich mehr zur kommunalen Steuerbasis hätten beitragen müssen. Gerd Landsberg sagt daher: „Es ist bisher kein Modell in Sicht, das qualitativ und vom Volumen her geeignet sein könnte, die Gewerbesteuer zu ersetzen“. (Handelsblatt, 04.03.2010)

### **Höhere Steuern für die Bürgerinnen und Bürger?**

Die Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände hat am 2. März 2010 ihre Eckpunkte für die Arbeit in der Gemeindefinanzkommission vorgelegt. Die Forderungen finden unsere volle Unterstützung. Zukünftig muss es darum gehen, die Einnahme- und Ausgabeseite kommunaler Haushalte zu beachten, wenn es um die Beurteilung kommunaler Aufgabenbereiche geht. Die in Artikel 28 Absatz 2 Grundgesetz verankerte und im Lissabon-Vertrag bekräftigte kommunale Selbstverwaltung darf nicht gefährdet werden. Dazu gehört auch, Vorschläge zu einer umfassenden Beteiligung der kommunalen Spitzenverbände im Rechtsetzungsverfahren bei Angelegenheiten der Europäischen Union gemäß der Gemeinsamen Geschäftsordnungen der Bundesministerien (GGO) auszuarbeiten. Auf einen entsprechenden Vorstoß der SPD-Bundestagsfraktion im Sommer 2006 antwortete der jetzige Vorsitzende der Gemeindefinanzkommission und damalige Bundesinnenminister, Wolfgang Schäuble: „Einen Bedarf zur Ausweitung der Beteiligungsrechte der kommunalen Spitzenverbände im Rechtsetzungsverfahren kann ich nicht erkennen (...). Belastungen der Kommunen erfolgen (...) künftig nicht mehr durch Bundes-, sondern durch Landesgesetze“. Dies läuft auf die Abwälzung von Verantwortung hinaus.

Betrachtet man sich den Arbeitsauftrag der jetzigen Kommission genauer, kommt man schnell zu einem Ergebnis:

- Ein höherer Anteil an der Umsatzsteuer soll geprüft werden. Da alle Bemühungen laut Auftrag „aufkommensneutral“ sein müssen, liefe diese Variante auf eine Erhöhung der Mehrwertsteuer hinaus.
- Ein weiterer Untersuchungsgegenstand der Kommission ist die Einkommen- und Lohnsteuer. Das bedeutet nichts anderes als eine drastische Mehrbelastung aller Berufstätigen. Das Wahlversprechen „Mehr Netto vom Brutto“ wäre dann offen gebrochen.
- Als dritte Alternative wird die Körperschaftsteuer genannt. Auch sie sank in 2009 um über 70 Prozent. Gerd Landsberg: „Hätten wir als Alternative zur Gewerbesteuer den von einigen Wirtschaftsverbänden gewünschten Zuschlag auf die Körperschaftsteuer akzeptiert, stünden wir jetzt noch schlechter da.“ (DHZ, 11.4.2009)

Der Deutsche Städtetag fasst die Situation wie folgt zusammen: „Da ein Ersatz der Gewerbesteuer durch andere Modelle wie Zuschläge auf die Einkommensteuer diskutiert werden soll, müssten die Städte bereits jetzt auf folgenden Zusammenhang aufmerksam machen: Wenn das Steueraufkommen den Städten erhalten bleibt – und das will die Koalition – dann bedeuten solche Ersatzlösungen höhere Steuern für die Verbraucher, für die Bürgerinnen und Bürger.“ (PM Deutscher Städtetag, 24.02.2010)

### **Die SPD steht an der Seite der Kommunen – eine Bilanz**

- Das maßgeblich von der SPD entworfene **Konjunkturpaket II** stärkt gezielt die kommunale Investitionskraft. Insgesamt stehen den Kommunen 13,3 Milliarden Euro zur Verfügung. Allein 6,5 Milliarden fließen in den Bildungsbereich: Die Kommunen können damit Kindergärten, Schulen oder Hochschulen sanieren und ausbauen. Mit weiteren 3,5 Milliarden Euro für Infrastrukturvorhaben können Städte und Kreise Krankenhäuser modernisieren, Straßen sanieren und neue Städtebauprojekte vorantreiben. So wird sowohl die Wirtschaft angekurbelt als auch eine moderne kommunale Infrastruktur geschaffen.
- Wir haben im Rahmen der Unternehmensteuerreform 2008 die Gewerbesteuer stabilisiert. Das war keinesfalls selbstverständlich, denn schließlich war es das Ziel von CDU/CSU und FDP, die Gewerbesteuer abzuschaffen.
- Die SPD hat mit dem Kinderförderungsgesetz durchgesetzt, dass sich der Bund nicht nur an Investitionen in neue Kitas beteiligt, sondern auch dauerhaft an den Betriebskosten. Damit ist Ländern und Kommunen geholfen. Dies hatten die

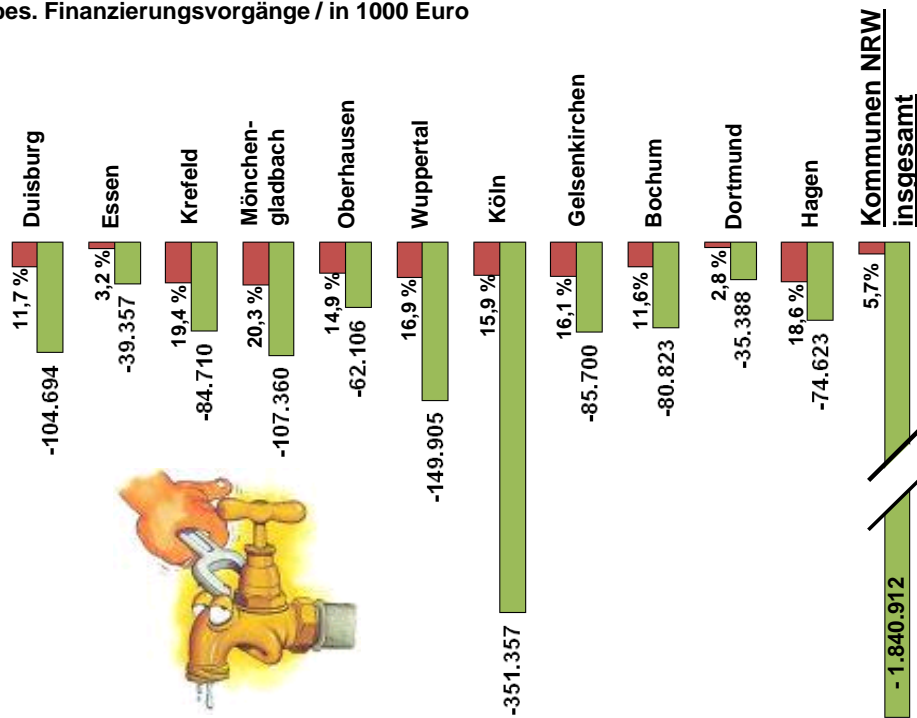
Union und ihre damalige Familienministerin zunächst vehement abgelehnt. Die SPD hat den Weg dafür freigemacht: Für den Ausbau der Kinderbetreuungsangebote stellt der Bund bis 2013 insgesamt 4 Milliarden Euro zur Verfügung. 2,15 Milliarden können 2008 bis 2013 für Investitionen verwendet werden. Von 2009 bis 2013 beteiligt sich der Bund mit insgesamt 1,85 Milliarden Euro, aufwachsend über einen Festbetrag bei der Umsatzsteuerbeteiligung zugunsten der Länder, an den zusätzlich entstehenden Betriebsausgaben.

- Bereits unter Rot-Grün hat die SPD das Ganztagschulprogramm auf den Weg gebracht. Der Bund hat insgesamt 4 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt, um das Ganztagschulangebot in Deutschland deutlich auszubauen. Die SPD hat in der letzten Legislaturperiode die Abrufbarkeit der Mittel bis Ende 2009 verlängert. Trotz der anfänglichen Gegenwehr unionsregierter Länder ist das Ganztagschulprogramm ein voller Erfolg und half den Kommunen. Mittlerweile sind Maßnahmen an über 6.900 Schulen durchgeführt worden.
- Mit der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe hat die SPD-geführte Bundesregierung 2003 etwa 900.000 erwerbsfähige Sozialhilfeempfänger in die Verantwortung des Bundes geholt. In den Kommunen ging die Zahl der Sozialhilfeempfänger um bis zu 90 Prozent zurück. Das ist ein enormer arbeitsmarktpolitischer Erfolg wie auch eine große Entlastung für die Kommunen bei den Sozialhilfeausgaben.
- Die SPD hat 1999 das Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Soziale Stadt“ auf den Weg gebracht. 2006 hat die Große Koalition das Programm weiterentwickelt. Seitdem werden auch ressortübergreifende Modellvorhaben, z. B. aus den Bereichen Jugend- und Beschäftigungspolitik, gefördert. Bis 2008 konnten mit insgesamt über 2,2 Milliarden Euro rund 520 Quartiere in fast 330 Städten und Gemeinden gefördert werden. Union und FDP haben die Mittel für das laufende Jahr gekürzt.

# Zukunftsrisiko Schwarz-Gelb

## Finanzierungssaldo ausgewählter Städte in NRW

1.-3. Quartal 2009, in Prozent der Ausgaben ohne  
bes. Finanzierungsvorgänge / in 1000 Euro



Quelle: IT.NRW, ISF, viertelj. Kassenstatistik

Seit 2005 greift Nordrhein-Westfalen in die Taschen der Kommunen, drei Milliarden Euro fehlen somit zur Finanzierung dringender Investitionen und zur Aufrechterhaltung der vielfältigen Leistungen. Die dramatische Haushaltssituation zwingt viele Städte, Gemeinden und Landkreise in Nordrhein-Westfalen zu drastischen Einschnitten bei ihren Leistungen und zur Erhöhung von Gebühren und Steuern. Kultureinrichtungen, Schwimmbäder und Sportanlagen müssen geschlossen werden, Grundsteuer- und Gewerbesteuerhebesätze werden an die Grenze des Zumutbaren erhöht, Eltern müssen erheblich mehr für den Kindergarten bezahlen, dringend notwendige Reparaturen der Straßen unterbleiben. Am Ende des 3. Quartals 2009 befanden sich zwei von drei Gebietskörperschaften in Nordrhein-Westfalen im Minus. Die vielen hochverschuldeten Kommunen brauchen sofort Finanzhilfen vom Bund und den Ländern. Die SPD fordert als Sofortprogramm einen Rettungsschirm für Kommunen.

© Planungsgruppe